

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1819

22.8.1819 (Nr. 232)

Karlsruher Zeitung.

Nr. 232.

Sonntag, den 22. Aug.

1819.

Deutsche Bundesversammlung. (Fortsetzung des Auszugs des Protokolls der 27. Sitzung am 29. Jul.) — Freie Stadt Frankfurt. — Großherzogthum Hessen. — Sachsen-Meinungen. — Frankreich. — Oestreich. — Preussen. — Spanien. (Cadix.)

Deutsche Bundesversammlung.

Fortsetzung des Auszugs des Protokolls der 27. Sitzung am 29. Jul. Der stimmführende Gesandte der freien Städte, Herr Syndikus Güttschow, macht folgenden Antrag: Die freien Städte sind sich bewogen, die Aufmerksamkeit dieser hohen Versammlung auf einen Gegenstand zu lenken, dessen Wichtigkeit gewiß allgemein anerkannt wird, und der mit dem 19. Artikel der Bundesakte in genauer Verbindung steht; indem sie den Antrag darauf richten, daß der Zustand des Postwesens in Deutschland in Ueberlegung genommen, und auf Mittel gedacht werde, durch eine Vereinigung der Bundesstaaten dasselbe auf einen solchen Fuß zu setzen, daß die großen Beschwerden aus dem Wege geräumt werden, wodurch, in dessen gegenwärtiger Beschaffenheit, jede Art von Verkehr leidet. Es ist kaum nöthig, die Mängel und Belastungen namhaft zu machen, über welche in dieser Beziehung das Publikum sich zu beschweren hat, so allgemein werden sie gefühlt, und wenn man im Allgemeinen übermäßige Theuerung des Porto's und Verlängerung der Postrouuten als Gegenstand dieser Klagen heraushebt, so kann um so mehr sich überheben, in das Einzelne einzugehen, da die Erfahrung eines Jeden ihm Belege genug an die Hand geben wird. Wenn man den gegenwärtigen Zustand des Postwesens in Deutschland mit dem ehemaligen vergleicht, so wird man nicht verkennen, daß die augenscheinliche Verschlimmerung desselben eine Folge theils der Vervielfältigung der Landesposten, theils des in neuern Zeiten an vielen Orten angenommenen Grundsatzes ist, die Posten hauptsächlich aus dem Gesichtspunkt einer Quelle der Einnahme für den Staat zu betrachten. Schon die Vermehrung der Territorialposten muß durch die Vervielfältigung der Postbehörden eine Vermehrung der Kosten zur Folge haben; wenn nun aber noch dazu jeder Bundesstaat den Ertrag der Posten möglichst zu erhöhen sucht, so ist es nicht mehr zu verwundern, daß das Porto in manchen Richtungen um eben so viele Male gestiegen ist, als die Zahl der besondern Posten beträgt, durch welche die Briefe jetzt befördert

werden. Es braucht kaum auseinander gesetzt zu werden, weil es so allgemein gefühlt wird, wie groß der Druck ist, welcher durch diese Lage der Dinge auf Handlung, Gewerbe und jede Art von Verkehr fällt, welche Hindernisse dadurch selbst für den literarischen und freundschaftlichen Briefwechsel entstehen. Wenn man den Zustand des Postwesens in Deutschland mit dem in Frankreich vergleicht, wo der Briefwechsel bei weitem wohlfeiler und schneller befördert wird, so kann man nicht verkennen, daß der Grund der Vorzüge, welche dieses Land in der Hinsicht genießt, der ist, daß es in demselben nur eine Postverwaltung giebt, welche das Ganze leitet. Dieselben Vortheile würden auch nur durch die Anwendung desselben Mittels erreicht werden können, und so würde unstreitig in Deutschland eine Bundespost, die von einer Administration verwaltet würde, unster die sehr wünschenswerthen Dinge gebieten, die noch nebenher den Vortheil gewähren dürfte, daß ihr Ertrag, der gewiß bei viel mächtigem Porto den gegenwärtigen bei weitem übersteigen würde, zu gemeinschaftlichen Bundeszwecken verwendet werden könnte. Zwar ist leicht einzusehen, daß in dem gegenwärtigen Zustande der Dinge dieses Ideal für jetzt schwerlich zu erreichen seyn werde; aber eine Vereinigung aller Bundesstaaten über solche Maßregeln, wodurch eine Herabsetzung des Porto's und die möglichste Schnelligkeit der Beförderung des Briefwechsels zu erwirken wäre, würde doch die Sache schon dem Ziele um vieles näher bringen, und die gerechten Wünsche des Publikums größtentheils befriedigen. Unter diese Maßregeln scheinen vorzüglich ein mäßiger Ansat des Porto's und die Annahme des Grundsatzes zu gehören, daß wenigstens zwischen großen Haupt- und Handelsstädten die Briefbeutel versiegelt geschickt werden können, so daß dafür im Ganzen etwas Billiges entrichtet, und nicht verlangt würde, daß die Briefe einzeln auf die Post gegeben, und auch so bezahlt werden. Nicht weniger würde es eben so nützlich, als der Billigkeit gemäß seyn, wenn in solchen Fällen, wo der Durchgang der Posten, welche einzelnen Bundesstaaten gebühren, durch das Gebiet Anderer, auf einem alten völkerrrechtlichen Herkommen beruht, dieser Durchgang

aufrecht erhalten, und gegen alle Erschwerung durch lästige Bedingungen gesichert würde. Alle Gründe der Gerechtigkeit, des allgemeinen Nutzens, und selbst der Vortheil für die Einnahme der Staaten, wenn diese als etwas von jenem Abgesondertes betrachtet werden kann, reden für eine solche Vereinigung. Die Beförderung des Briefwechsels ist offenbar kein wesentliches, sondern nur ein zufälliges Regal. Sowohl nach Grundsätzen des Staatsrechts, als nach der Erfahrung, ist diese Behauptung unumstößlich; denn die Geschichte des Postwesens zeigt, daß die Verwaltung der Posten zu sehr verschiedenen Zeiten, in manchen Ländern früher, und in andern später für ein Regal erklärt ist; ja es giebt noch jetzt Staaten, in welchen die Posten, wenigstens zum Theil, nicht zu den Regalien gehören. Nach einer richtigen Theorie aber können mit Fug nur solche Gegenstände der freien Konkurrenz entzogen, und zur Verwaltung und Beanzugung von der Regierung an sich genommen, d. h. für Regale (zufällige) erklärt werden, welche die Regierung leichter, besser, und auf eine für das allgemeine Beste vortheilhaftere Weise besorgen zu lassen, im Stande ist, als es durch einzelne Unternehmer geschehen könnte. Eine genaue und unbefangene Untersuchung würde aber höchst wahrscheinlich ergeben, daß dieses in der gegenwärtigen Lage mit der Verwaltung des Postwesens der Fall nicht ist, und daß eine freie Konkurrenz dem Publikum vortheilhafter seyn würde. Aus eben diesen Grundsätzen geht auch hervor, daß die Verwaltung des Postwesens keineswegs aus dem Gesichtspunkte einer Quelle von Einnahme für den Staat hauptsächlich betrachtet werden darf, sondern daß diese Rücksicht dabei nur untergeordnet seyn kann. Als der Staat die Posten an sich zog, hat er dadurch die Verpflichtung übernommen, den Briefwechsel auf die für das allgemeine Beste vortheilhafteste Weise zu besorgen; daß aber dieses nur alsdann erfüllt wird, wenn die Beforgung desselben mit Sicherheit, und so schnell und wohlfeil als möglich geschieht, ist einleuchtend. Daß der Staat seine Posten decken muß, ist natürlich; er giebt sich ein Ueberschuß, so ist es desto besser; aber die Absicht, durch Vermehrung des Briefporto's die für den Staat entspringende Einnahme höher und aufs Höchste zu treiben, ist mit dem Zwecke der ganzen Einrichtung in dem schreiendsten Widerspruche. Daß der gemeinschaftliche Vortheil aller Bundesstaaten und jedes Einzelnen ungemein befördert werden würde durch die Erreichung solcher Maßregeln, welche auf die Beförderung der möglichsten Schnelligkeit und Wohlfeilheit der Postkommunikation gerichtet sind, bedarf wohl keines Beweises. Wie wichtig es für viele Verhältnisse, und insbesondere für die handelnde Welt ist, daß Nachrichten auf das schnellste mitgetheilt werden, ist für sich klar, und wenn man mit Recht den Briefwechsel als das einzige und nothwendige Mittel alles politischen, kaufmännischen, wissenschaftlichen und freundschaftlichen Verkehrs in der Entfernung betrachtet, so ergibt sich, in welchem Grade jeder Verkehr durch die Erleichterung oder

Erschwerung desselben befördert oder erschwert werden kann, zum Vortheil oder zum Nachtheil des ganzen innern Lebens des Staates. Endlich aber würde sogar durch die Ergreifung solcher Maßregeln der finanzielle Vortheil bei dem Postwesen vermehrt werden. Es ist ein bekannter Satz in der Staatswirtschaft, daß in vielen Fällen bei geringeren Ansätzen von Auslagen die Einnahme höher steigt, als bei größeren. Bei keinem Zweige der öffentlichen Verwaltung hat die Erfahrung wohl diesen Satz mehr bewährt, als bei dem Postwesen, und die Geschichte desselben in dem ehemaligen Königsreiche Westphalen, so wie gewiß auch die mancher anderer, ergibt, wie verderblich, selbst für die öffentlichen Einkünfte, die Absicht geworden ist, durch Vermehrung des Porto's die Einnahme zu erhöhen, und die Verminderung des Briefwechsels durch eine Vermehrung der Portopreise zu vergelten. Die freien Städte tragen demnach dringend darauf an, daß von dem durchlauchtigsten Bunde gemeinschaftlich Maßregeln getroffen werden, um die möglichste Schnelligkeit und Wohlfeilheit der Postkommunikation zu bewirken, und richten zu dem Ende ihren Antrag darauf, daß zur Untersuchung dieses wichtigen Gegenstandes und zur Vorbereitung dieser Maßregeln von dieser hohen Versammlung eine Kommission angeordnet werden möge. — Man kam hierauf überein, diesen Gegenstand demnächst in Berathung zu ziehen. (S. f.)

Freie Stadt Frankfurt.

Die allg. Zeit. enthält folgendes Schreiben aus Frankfurt vom 12. d.: „Die allg. Zeit. hat in ihrer Nr. 217 ein Schreiben von hier aus dem schwäbischen Merkur aufgenommen, welches die ganz unrichtige Angabe enthält, daß selbst in Häusern mehrerer Bundesgesandten auf höhere Requisition in Beziehung auf revolutionäre Antriebe Untersuchungen angestellt, und daß die Papiere zweier Hofmeister bei Klütern von Bundesgesandten in deren Häusern in Beschlag genommen und versiegelt worden seyen. Ich darf Sie nur versichern, daß einer jener Hofmeister seiner Stelle bei dem Bundesgesandten vor geraumer Zeit schon entlassen, und früher, als jene Ereignisse in Berlin statt hatten, von Frankfurt abgereist, um zu zeigen, aus welcher unrichtigen Quelle jene Nachricht geschöpft ist.“

Großherzogthum Hessen.

Öffentliche Blätter enthalten folgendes aus Darmstadt vom 15. d.: Die nämlichen Ausfritte, welche in Würzburg, Frankfurt und andern Orten statt fanden, haben auch vorigen Donnerstag, den 12. d., in unserer Residenz begonnen. Eine nicht unbeträchtliche Menge sammelte sich in der großen und kleinen Ohnengasse, wo mehrere Juden wohnen, und machten ihrer Wuth an Fenstern und Läden durch Steinwürfe Luft. Nach Mitternacht wurde es ruhig. Da es am folgenden Abende zu ähnlichen Scenen kommen sollte, durchs

streiften zahlreiche Patrouillen, Fußvöll und Reiteret, die Straßen, wodurch, nicht ohne Mühe, die Ruhe erhalten wurde. Gestern wurde durch eine weise schonende Maßregel des Gouvernements die Sicherheit der Stadt einzig der hiesigen Landwehr anvertraut, und die Exzesse ließen nach. Zugleich machte die Polizeideputation folgende Ermahnung bekannt: „Wenn sich gleich am vorigen Donnerstag Abend in der großen und kleinen Dörsengasse eine ungewöhnliche Menge Menschen versammelt hatte, so fiel doch daselbst, neben einigen muthwilligen Ausbrüchen, keine weitere Unordnung vor, und man durfte hoffen, daß sich auch ein solcher Vorfall unter den Augen des Souverains, dem die hiesigen Einwohner so viel zu verdanken haben, nicht wieder erneuern würde. Zu unserm Leidwesen ist diese Erwartung nicht Erfüllung gegangen. In jenen beiden Straßen haben sich gestern Abend noch mehr Menschen zusammen gerottet, alle gültliche Aufforderungen, sich zu entfernen, nicht geachtet, und Exzesse mancherlei Art begangen. Ohnerachtet auch hieran hauptsächlich nur unerwachsene oder solche Menschen Theil genommen haben, die kein bleibender Aufenthalt an die hiesige Residenz knüpft, und ohnerachtet auch diese nur durch die an andern Orten gegebenen Beispiele verführt worden sind, so darf doch ein Uebel nicht gebuldet werden, das immer größer zu werden droht, und das nur die verberlichsten Folgen für alle Einwohner erzeugen kann. Wir fordern daher sämtliche Häuserbesitzer und Familienväter auf, ihre Angehörigen, besonders aber Kinder, Lehrlinge und Dienstboten, beim Einbruch der Nacht zurückzuhalten, und wenn sie Geschäfte über die Straße rufen, sie ernstlich anzuweisen, sich nicht länger als nöthig daselbst zu verweilen; diejenigen aber, welche diesem nicht nachkommen, uns anzuzeigen. 2) Jedes Zusammenrotten auf der Straße oder vor den Häusern wird durchaus verboten, und jeder, welcher hieran, sey es auch nur aus Neugierde, Theil nimmt, ohne weiteres arretirt. 3) Derjenige, welcher durch lärmendes Geschrei, oder auf jede andere Art zur Unordnung reizt und auffordert, so wie der, welcher die öffentliche Ruhe und Sicherheit mit der That, sey es durch Steinwerfen oder durch Widerseßlichkeit gegen die betreffenden öffentlichen Behörden, oder auf jede andere Art stört, wird als Auführer behandelt, und nach der ganzen Schärfe des Gesetzes bestraft werden. 4) Indem wir endlich alle diejenigen, welche an den Exzessen Theil genommen, nochmals im Allgemeinen warnen, sich dies fernerbis nicht schuldig zu machen, ersuchen wir alle wohlgefinnten Einwohner, ihre Bemühungen mit denjenigen der Polizei zu vereinigen. Darmstadt, den 14. Aug. 1819.“

Sachsen = Meinungen.

Meinungen, den 15. Aug. Heute Nachmittags um 2 Uhr ist der Herzog von Clarence mit seiner Frau Gemahlin, unserer edelnden und hochverehrten Prinzessin Adelheit, von dem Bade Liebenstein hier

eingetroffen, und hat sogleich, da unser Hof noch in Altenstein ist, die Reise nach Würzburg fortgesetzt. Das fürstl. Paar wird nach Württemberg, den Niederlanden u. Frankreich gehen, und sich alsdann nach England einschiffen. Am Geburtstage unserer Herzogin, den 11. d., hat der Herzog von Clarence 4 Landmädchen aus den Dörfern um Liebenstein, jeder 200 fl., zur Ausstattung geschenkt.

Frankreich.

Paris, den 18. Aug. Der König (heißt es in dem heutigen Moniteur), der fortdauernd einer guten Gesundheit genießt, hat gestern bei Messe in der Schloßkapelle gebdrt. Se. Maj. haben mit der kön. Familie das Frühstück eingenommen, und später die Huldigungen mehrerer Großdignitarien empfangen. Die Frau Herzogin von Berry hat der Frau Herzogin von Angoulême einen Besuch abgestattet, und ist ohngefähr 1 Stunde dort geblieben.

Gestern gegen halb 5 Uhr Morgens sprang ein kleines Pulvermagazin in Vincennes, gerade, als der Magazinverwalter eintrat, in die Luft. Eine nahe gelegene Hütte zur Verfertigung von Feuerwerken hatte unmittelbar darauf gleiches Schicksal. Die Gefahr war groß, da der Artilleriepark der königl. Garde in der Nähe stand. Er wurde gerettet. Der Magazinverwalter verlor sein Leben, und mehrere Soldaten wurden verwundet, jedoch nicht schwer. Die Ursache dieses Unglücks hat noch nicht ausgemittelt werden können.

Die Londoner Morning-Chronicle vom 13. d. giebt Nachrichten aus St. Helena bis zum 29. Mai. Es hatte daselbst eine komische Szene statt gehabt. Lady Lowe und einige andere Damen wünschten ein Scheinseegefecht zu sehen. Ihr Wunsch wurde erfüllt, jedoch ohne vorgängige Benachrichtigung des Admirals und der Einwohner. Die ganze Insel gerieth in Alarm, als sie Kanonenschüsse hörte, und jedermann glaubte, eine amerikanische Eskadre sey gekommen, um Bonaparte zu befreien.

Gestern standen die zu 5 v. h. konsolidirten Fonds zu 71 $\frac{1}{2}$ %, und die Bankaktien zu 1422 $\frac{1}{2}$ Fr.

Oesterreich.

Am 14. d. wurde der Wiener Kurs auf Augsburg zu 99 $\frac{1}{2}$ R. M. Ufo notirt; die Konventionsmünze stand zu 247 $\frac{1}{2}$ W. W.

Preussen.

Berlin, den 15. Aug. Den 12. hat der unlängst von seiner bekannten Sendung hier wieder eingetroffene verdienstvolle Minister, Frhr. von Humboldt, das ihm vor längerer Zeit von des Königs Maj. schon zugetheilte Ministerium angetreten, und ist ihm dasselbe an jenem Tage von dem Fürsten Staatskanzler feierlich übergeben worden.

Spanien.

Cádiz, den 1. Aug. Gestern ist das kbn. Kriegsschiff, *Alfa*, von 74 Kanonen, von Vera Cruz und Havana kommend, in den hiesigen Hafen eingelaufen. Es hat ohngefähr 20 Mill. Fr., mehrere starke Wechsel auf England, eine bedeutende Quantität Cochenille und viele andere kostbare Erzeugnisse jener Gegenden an Bord. Die Nachricht von der Ankunft dieses Schiffes ist sogleich durch einen Kurier nach Madrid gesandt worden. Man

glaubt, daß die mitgebrachten Gelder die Regierung in Stand setzen werden, die Rüstungen gegen die südamerikanischen Insurgenten zu vollenden. In wenig Tagen werden, wie es heißt, abermals 3 bis 4000 M. von Cadix unter Segel gehen. Jene, die vor ungefähr 14 Tagen eingeschifft worden, haben die beste Disziplin und vollkommenen Gehorsam beobachtet, und man befürchtet überhaupt von Seite der Truppen keine Widersetzlichkeit mehr.

Auszug aus den Karlsruher Witterungs-Beobachtungen.

21. Aug.	Barometer	Thermometer	Hygrometer	Wind	Witterung überhaupt.
Morgens $\frac{1}{7}$	27 Zoll $11\frac{1}{2}$ Linien	10,7° Grad über 0	50 Grad	Nord	zieml. heiter
Mittags 3	27 Zoll 11 Linien	20,7° Grad über 0	38 Grad	Nordost	zieml. heiter, später Strichreg.
Nachts $\frac{1}{2}$ 11	27 Zoll $11\frac{1}{2}$ Linien	14,7° Grad über 0	52 Grad	Nordost	wenig heiter

Kunst-Anzeige.

So eben ist erschienen und bei allen Postämtern, zu Karlsruhe bei Braun und Bussa, zu Stuttgart bei F. B. Perro, für 30 fr. zu haben:

Postkarte über das Königreich Württemberg, Großherzogthum Baden u. Fürstenthum Hohenzollern.

Diese Karte hilft einem von jedem Reisenden gefühlten Bedürfnisse ab, denn sie ist nicht aus andern Karten zusammengesetzt, sondern nach amtlichen Quellen neu und mit der größten Genauigkeit bearbeitet, enthält alle fahrbare Routen, Postämter, Entfernungen u. s. w. aufs deutlichste und bestimmteste, so daß sich der Reisende auf die Angabe durchaus verlassen kann. Außerdem empfiehlt sie sich durch Nettigkeit und ungewöhliche Klarheit. Auch das Format ist bequem, und das Terrain so gewählt, daß Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Frankfurt, Mainz, Straßburg und Basel als Grenzstationen noch darauf zu finden sind.

Anzeige.

Der

schnelle Bote aus der Rheinpfalz

oder

Großherzoglich privilegirter
Landwirthschafts- u. Geschichtskalender
auf das Jahr Christi 1820

hat diesmal seinem Namen Ehre gemacht, und ist mit aller Schnelligkeit bereits an alle unterwegs, die ihm Heberge abnehmen mögen; so wie er jedem Liebhaber in seiner gefälligen Ausstattung recht freundlich entgegen kommt. Seine Hauptkation ist bei den H. Buchbindern und bei dem Verleger,

August Oswald,
in Heidelberg.

Baden. [Fässer- und Weinstein-Versteigerung.] Montags, den 30. d., Nachmittags um 2 Uhr, werden bei der hiesigen herrschaftlichen Kellerei, unter Vorbehalt höherer Genehmigung, 4 in Eisen gebundene Fässer zu 11, 10, 8 und 4 Fuder, mehrere zerlegte Faßtaugen und etwa 3 Bentaer Weinstein öffentlich versteigert; wozu die Liebhaber eingeladen werden.

Baden, den 18. Aug. 1819.

Großherzogliche Domainenverwaltung.

Eugene st.

Kork. [Früchte-Versteigerung.] Von den herrschaftlichen Speichervorräthen werden Donnerstags, den 26. dieses,

50 Fttl. Weizen und 10 Fttl. Molzer, Vormittags

um 9 Uhr zu Kork,

200 Fttl. Weizen und 50 Fttl. Haber, Nachmittags

um 2 Uhr zu Rheinbischofsheim,

partienweise, gegen baare Zahlung, in öffentliche Steigerung ausgesetzt.

Kork, den 17. Aug. 1819.

Großherzogliche Domainenverwaltung.

Otto.

Schwezingen. [Dhmetras-Versteigerung.] Die unterzeichnete Stelle wird das Dhmetras von den Wiesen ihres Bezirks für dieses Jahr an folgenden Orten und Tagen versteigern:

1) Von den Wiesen im Schaden, Dienstags, den 24. Aug., Vormittags 9 Uhr, zu Hochenheim in der Kanke.

2) Vom B. Kofenwöth, Donnerstags, den 26. Aug., Nachmittags 2 Uhr, zu Bühl im Däfen.

3) Von den Koll. wiesen, Freitags, den 27. Aug., Vormittags 9 Uhr, zu Bühl im Däfen.

4) Von den Ketschauer Wiesen, Samstag, den 28. Aug., Nachmittags 2 Uhr, zu Ketsch bei Vogt Knittel.

Schwezingen, den 17. Aug. 1819.

Großherzogliche Domainenverwaltung.

Verhas.

Gaggenau. [Fässer- und Laugenholz-Verkauf.] Bei Unterzeichnetem können 20 Stck ganz neue in Eisen gebundene Fässer, einzeln zu 7 bis über 30 Dhm, im Ganzen ohngefähr 30 bis 36 Fuder im Gehalt, stückweise oder zusammen, dann 7 bis 8 Schuhiges Laugenholz zu 4 Fässer, und ohngefähr 2000 Stck $3\frac{1}{2}$ und 4 Schuhige Bierling-Faßtaugen gegen gleich baare Bezahlung gekauft, und täglich davon Einsicht genommen werden,

C. Häfelin,

in Gaggenau auf der Glasbütte,